



BLICK IN DIE GESCHICHTE

Karlsruher stadthistorische Beiträge Nr. 129 · 18. Dezember 2020

Vom Budweiser-Bier zu Batzenäpfeln

Adalbert von Gontard und der Batzenhof von Volker Ihle

Bereits 1556 wird in einer Urkunde das „Batzenhäuslein“ erwähnt. Seine Lage verdankt es der einst bedeutenden Ochsenstraße, die am Ortsende von Durlach beginnt und über mehrere Jahrhunderte bei Langensteinbach auf die römische Verbindungsstraße Pforzheim – Ettlingen stieß. Heute besteht sie nur noch als Flickwerk von Zufahrtsstraßen, Feldwegen und einem unwegsamen Saum, oder ist der modernen Straßenplanung zum Opfer gefallen. Da das Gebäude an der Landesgrenze zur Markgrafschaft Baden-Baden (Stupferich) und zum Fürstentum Württemberg (Grünwettersbach) lag, diente der Schankwirt lange Zeit auch als Zollwächter. Nach Bezahlung der Wegsteuer konnten Reisende im Gasthaus für einen Batzen (= 4 Kreuzer) einen Schoppen Wein (= ¾ Liter) bestellen.

Das später errichtete Hofgut wechselte samt Batzenhäuslein mehrmals den Eigentümer. Erst als Karlsruhes Stadtgründer Markgraf Karl Wilhelm es 1725 seiner 15-jährigen unehelichen Tochter Karoline Luise schenkte und sie im selben Jahr mit dem Freiherrn Wilhelm Friedrich Schilling von Canstatt vermählte, begann eine 250 Jahre andauernde grundherrliche Familiengeschichte. Letzter männlicher Namensträger der Familie Schilling war der Großherzogliche Kammerherr und Grundherr zu Hohenwettersbach Viktor Schilling von Canstatt (1863–1952). Nach seinem Tod erbte Tochter Ilona das Hofgut Hohenwettersbach, das sie gemeinsam mit ihrem Mann Hubert Ritter und Edler von Maffei bewirtschaftete.

Den bis dahin verpachteten Batzenhof übernahm im Februar 1960 Ilonas Schwester Susanne (1903–1966) mit ihrem Mann Adalbert von Gontard (1900–1976). Ihre wichtigste Tat nach der Übernahme war zweifellos die Renovierung und Umgestaltung des Gutes, die auffälligste aber das

Anlegen der Pappelallee, die bis heute ein weithin sichtbares Wahrzeichen von Hohenwettersbach darstellt. Mit dem Ehepaar zog auch mondäner Glanz und geselliges Leben ein, was nicht zuletzt auf die familiäre Herkunft des Adalbert von Gontard zurückzuführen ist.

Vater: Topmanager der Rüstungsindustrie, Mutter: Braugiganten-Tochter

Als Adalbert 10 Jahre alt war, bezog seine Familie eine Stadtvilla in Berlin, die heute unter dem Namen „Villa Gontard“ Sitz der Generaldirektion der Staatlichen Museen zu Berlin ist. Sein Vater Paul von Gontard (1868–1941) war von 1905 bis 1928 Generaldirektor der Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken AG mit Sitz in Berlin. Zu dem Unternehmen, das besonders vor und während des Ersten Weltkriegs äußerst profitabel arbeitete, gehörten die Metallpatronen-Werke in Karlsruhe, weshalb der Name nach dem verlorenen Krieg in „Berlin-Karlsruher Industrie-Werke“ geändert wurde. Paul von Gontard war zudem Mitglied des Preußischen Herrenhauses und Gutsherr auf Großwudicke im Havelland.

Vor diesem familiären Hintergrund wuchs Adalbert heran. Sein Studium an der TH Karlsruhe (1919–1923) schloss er als Diplom-Ingenieur ab. Im selben Jahr bekam er eine Stelle bei Anheuser-Busch in St. Louis/USA, dem Hersteller des berühmten Budweiser-Biers. Nach drei Jahren wurde er Chef-Ingenieur und 1933 zusätzlich Mitglied des Verwaltungsrats (Board of Directors). Zwei Jahre später erfolgte seine Ernennung zum Vice-President und damit zu einem Stellvertreter des Generaldirektors (President).

Fortsetzung Seite 2



1894 – 1977

Foto: Stadtarchiv

Josef Schelb

Zu den bekanntesten Karlsruher Komponisten des 20. Jahrhunderts zählt Josef Schelb, der von 1924 bis 1958 erst am Badischen Konservatorium und ab 1929 an der Badischen Hochschule für Musik lehrte. Als Komponist setzte er sich mit verschiedenen Musikstilen bis hin zur „Neuen Musik“ auseinander und entwickelte dabei einen persönlichen Stil. Seine Biografin Margot Eisenmann-Eschenbacher zählte seine Musik „zu den Ausläufern der musikalischen Spätromantik“. Heute werden seine Werke zwar seltener aufgeführt, Tonträgeraufnahmen machen seine Musik aber weiterhin verfügbar.

Schelb, am 14. März 1894 als Sohn eines Arztes in Krozingen in Südbaden geboren, erhielt bereits als Schüler Klavierunterricht bei Hans Huber, dem Direktor des Konservatoriums in Basel. Nach dem Abitur studierte er bis Frühjahr 1914 am Konservatorium in Genf. In den folgenden Jahren des Ersten Weltkriegs leistete Schelb seinen Kriegsdienst in Freiburg in der Postüberwachungsstelle. Dies ermöglichte es ihm, Klavier zu unterrichten und Konzerte zu geben, die – wie auch seine Kompositionen – gute Kritiken erhielten. Auch in den folgenden Jahren war Schelb in Freiburg tätig.

Als 1924 Franz Philipp, den Schelb aus Freiburg gut kannte, zum Leiter des Badischen Konservatoriums in Karlsruhe ernannt wurde und Fachkräfte suchte, erhielt Schelb dort eine Stelle als Klavierlehrer. Ausgedehnte Konzertreisen führten ihn in den folgenden Jahren nach Südamerika, Griechenland und in die Türkei. Obwohl diese regelmäßig genehmigt wurden, kam es immer wieder zu Konflikten mit Philipp über missachtete Anwesenheitspflichten am Konservatorium, da Schelb seinen Konzerten und dem Komponieren oft einen höheren Stellenwert zumah. Schon kurz nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten trat er im Mai 1933 in die NSDAP ein. Im September 1942 zerstörte ein Luftangriff Schelbs Privatwohnung in der Bismarckstraße 79. Dabei wurden seine frühen Kompositionen weitestgehend vernichtet. Ab Anfang 1943 ließ sich Schelb beurlauben und gab im Rahmen der Truppenbetreuung Konzerte im Inland und in den besetzten Gebieten.

Nach Kriegsende wurde Schelb wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft entlassen. In den folgenden beiden Entnazifizierungsverfahren, die sich bis ins Jahr 1947 hinzogen, wurde er als Mitläufer eingestuft und zu einer Geldstrafe verurteilt. Erst 1948 wurde er wieder an der Musikhochschule eingestellt, bis zu seiner Pensionierung 1958 lehrte er dort Klavier, Komposition und Instrumentation. In den Nachkriegsjahrzehnten wurden zahlreiche seiner Werke aufgeführt, nicht nur in Baden-Baden, wo er seit 1958 lebte, sondern auch in Genf, München und anderen Städten. Josef Schelb starb am 7. Februar 1977. Sein Notennachlass, der über 150 Werke umfasst, befindet sich in der Badischen Landesbibliothek Volker Steck



Der Batzenhof auf Hohenwettersbacher Gemarkung 1989. Unten links die Zufahrt vom Thomashof durch die Anfang der 1960er Jahre angelegte Pappelallee. Foto: Berger, Stadtarchiv

debrief schrieben, sie würden noch schlechter behandelt werden als die jüdische Gemeinde, zeigt das seinerzeit vorherrschende Maß an Frustration anschaulich auf; zumal die jüdische Gemeinde im selben Brief auch noch beschimpft wird.

Das jüdische Leben im frühen Karlsruhe gestaltete sich in der Tat bemerkenswert lebendig. Schon seit 1718 besaß die Gemeinde einen Rabbiner und 1740 waren bereits zwölf Prozent der Karlsruher Stadtbevölkerung jüdischen Glaubens. Karlsruhe war aufgrund der politischen Umstände und weitgehender Zuzugsverbote in anderen südwestdeutschen Städten der Zeit ein attraktives Ziel für jüdische Migranten. Tatsächlich ließ vor allem der Markgraf und spätere Kurfürst Karl Friedrich (1738–1811) verkünden, dass die städtischen Juden nicht beschimpft werden dürften. Ihnen solle in Karlsruhe der gleiche Schutz und die gleichen Rechte zukommen wie allen anderen Untertanen.

In großen Teilen unangetastet blieben jedoch die weitreichenden Beschränkungen für Juden im wirtschaftlichen Leben. Bis weit in das 19. Jahrhundert hinein war Juden auch in Karlsruhe die Arbeit in den Handwerksberufen untersagt. Viele betätigten sich daher als Händler und Krämer. Einzig das Metzgerhandwerk durften Juden in beschränkter Hinsicht ausüben, um die Gemeinde mit koscherem Fleisch zu versorgen. Überschüssige Ware durfte in der Stadt an christliche Kundschaft verkauft werden. Es verwundert nicht, dass sich aus dieser Situation eine Konkurrenz zwischen jüdischen und christlichen Metzgern in der Stadt ergab. Hier zeigt sich, wie einseitig und eingengt das bis heute präsente Bild des jüdischen Geldverleihers in der Frühen Neuzeit überhaupt ist. Letztlich blieb allerdings auch in Karlsruhe die wirtschaftliche Betätigung jüdischer Menschen ein ständiger Zankapfel innerhalb des städtischen Politikbetriebs. Auffallend

ist aber, dass die Minderheiten der Katholiken, Reformierten und Juden keinesfalls als feste Einheiten zusammenstanden, um geschlossen für ihre Rechte einzustehen. Besonders stark traten diese Differenzen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts innerhalb der jüdischen Gemeinde Karlsruhes auf. Das war weniger eine Besonderheit der Karlsruher Geschichte, sondern vielmehr ein Produkt der sogenannten „Judenemanzipation“. Diese sorgte für eine schrittweise, aber langwierige Entwicklung hin zur Akzeptanz jüdischer Menschen als Teil der Gesellschaft. Gleichzeitig entstanden daraus aber Entfremdungsmomente und Unfrieden innerhalb der jüdischen Gemeinden. So geriet der selbst jüdischstämmige Unternehmer David Seligmann (1776–1850) mit der eigenen Gemeinde über fällige Abgaben zur Armenfürsorge derart in Streit, dass er die Gemeindeglieder mehrfach beschimpfte und verächtlich machte. Vermutlich in den 1820er Jahren nahm er schließlich den katholischen Glauben an. Hier offenbart sich anschaulich, dass die gemeinsame Zugehörigkeit zu einer – oft genug auch verfolgten – Minderheit keinesfalls immer zu einer Solidarisierung beitrug. Verhärtete Fronten innerhalb einer Gemeinschaft waren auch im 18. Jahrhundert keine Besonderheit.

Umkämpfte Freiheiten in der Toleranzstadt

Für Karlsruhe ergibt sich damit ein vielschichtiges Bild: Das Bild von einer Stadt, die von einem Markgrafen mit großen Visionen und einer klaren Vorstellung von seiner neuen Residenzstadt entworfen wurde. Gleichzeitig zeigt sich, wie Karlsruhe für eine Vielzahl von Menschen zur neuen Heimat wurde, die wirtschaftlicher Not entkommen wollten oder eben auch von der versprochenen Glaubensfreiheit angezogen worden waren, mit denen für eine Ansiedlung in Karlsruhe

he geworben wurde. Die Garantien auf freie Ausübung der Religion wurden jedoch wiederholt unterlaufen und Gegenstand von politischem Streit. Dies betraf einerseits besonders die katholische Gemeinde und ihren Kampf für geregelte Pfarrechte. Überliefert ist jedoch auch, dass lutherische Beamte und Gemeindefunktionäre mehrfach die den Reformierten zugesprochenen Rechte missachteten, als sie konfessionell gemischte Eheschließungen offenbar unter Gewaltandrohung in der lutherischen Kirche abhalten lassen wollten. Auch kam es immer wieder zu Verstrickungen zwischen dem städtischen Wirtschaftsleben und der Konfessionspolitik wie der erwähnten Rivalität zwischen christlichen und jüdischen Metzgern. Und immer wieder eröffnen die historischen Quellen den Blick auf Einzelschicksale und teils gar auf Kuriositäten. Beispielführend genannt sei hier die nächtliche Aktion eines Kapuzinermonches, der sich 1742 in das markgräfliche Schloss schlich, um dort einem erkrankten Hofbediensteten die Krankensalbung zu spenden. Dies war zum Zeitpunkt des Vorgangs eigentlich nur innerhalb des katholischen Gemeindehauses erlaubt gewesen.

Karlsruhe war und ist nicht allein aufgrund des berühmten Zirkels und seiner Straßenzüge eine bemerkenswerte Stadt. Auch die aktiv gesteuerte Bevölkerungspolitik der badischen Fürsten prägte das Stadtbild nachhaltig und teils noch bis zum heutigen Tage. Karlsruhe entstand nicht allein in Bezug auf die bauliche Struktur, sondern auch hinsichtlich der Ansiedlungs- sowie Religionspolitik als Planstadt und historische Besonderheit. Ein Erbe, das hier bis heute gepflegt wird.

Ausführlich zum Thema informiert: Pascal Andresen: *Leben am Rande im Zentrum der Macht? Religiöse Minderheiten in einer Plan- und Residenzstadt des 18. Jahrhunderts am Beispiel Karlsruhe, Karlsruhe 2020* (=Forschungen und Quellen zur Stadtgeschichte. Schriftenreihe des Stadtarchiv Karlsruhe, Band 19).

Carlsruher Blickpunkte

Recht und Gerechtigkeit von Manfred Koch

Die Bebauung des Areals zwischen Herren-, Ritter-, Kriegs- und Blumenstraße öffnet im Zentrum der Stadt einen Blick auf ihre Baugeschichte der letzten 200 Jahre. Hier stehen an der Herrenstraße ein vom klassizistischen Baumeister Friedrich Weinbrenner geplantes Wohnhaus, dem folgen im Stil der Nachkriegsarchitektur gebaut ein Wach- und Kontrollgebäude von 1980 sowie ein von Erich Schelling geplantes, auf Stelzen stehendes Bürogebäude mit anschließendem Saalbau von 1960. Im Süden des Areals an der Kriegsstraße liegt der im Stil des Historismus errichtete Solitärbau des Erbgroßherzoglichen Palais des badischen Baumeisters Josef Durm mit dem dazugehörigen Küchenbau von 1897. An der Ecke Ritter- und Blumenstraße baute das Architekturbüro Curjel & Moser 1907 im Jugendstil das Haus des Evangelischen Oberkirchenrats. An der Blumen- und Herrenstraße beschließt ein langgestreckter Neubaukomplex der Architekten Dohle und Lohse von 2003 das Gebäudeensemble. Geplant ist auf dem Gelände derzeit ein weiterer Neubau für das Forum Recht.

In dem ausgedehnten Straßengeviert mit einer Parkanlage residiert in den renovierten, umgebauten und neu errichteten Gebäuden – mit Ausnahme des Oberkirchenrats – seit 1950 der Bundesgerichtshof. Hier befindet sich die Herzkammer der ordentlichen Gerichtsbarkeit der Bundesrepublik Deutschland, hier werden in letzter Instanz Zivil- und Strafrechtsverfahren entschieden. Die getroffenen Grundsatzurteile sind zugleich in der Rechtspraxis wegweisend für die Auslegung und Anwendung des Rechts durch die unteren Gerichtsinstanzen und damit für die Weiterentwicklung der Rechtspflege.



Foto: Rechtshistorisches Museum Karlsruhe

Das misslungene Attentat der RAF von 1977 führte aus Sicherheitsgründen zum Bau des Wach- und Kontrollgebäudes und der hermetischen Abriegelung des Geländes. Deshalb ist auch die Bronskulptur, auf die aufmerksam gemacht werden soll, nicht öffentlich zugänglich. Als Ergebnis des Kunst-am-Bau-Wettbewerbs für den neuen Senats- und Bibliotheksbau von 2003 liegt sie auf dem Pflaster des sogenannten Senatshofs. Der Künstler Rudolf Merz hat aus etwa 40 Zentimeter hohen Großbuchstaben aus schlackengestrahelter Bronze ein „poetisches Denkbild“ geschaffen. Indem Merz den in Rechtsgeschichte und -philosophie seit Jahrhunderten diskutierten Satz „LEX INIUSTA NON EST LEX“ in Kreisform mit fünf Metern Durchmesser anordnet und dabei das

zweite LEX entfällt, macht er den Satz auf zweierlei Weise lesbar. Einmal lautet er: „Ein ungerechtes Gesetz gibt es nicht“, das heißt jedes Gesetz ist per se gerecht. Mit dem zweimal gelesenen LEX heißt es: „Ein ungerechtes Gesetz ist kein Gesetz“, das heißt Gerechtigkeit ist die Voraussetzung für jedes Gesetz. Damit ist die wesentliche Frage nach dem Verhältnis von Recht und Gerechtigkeit gestellt. „Das Spannungsfeld zwischen Recht und Gerechtigkeit immer wieder neu und aktuell zur Diskussion“ stellen will auch das neue, in Karlsruhe entstehende Forum Recht, denn die Anerkennung der Gerechtigkeit von Rechtssetzungen ist eine existentielle Voraussetzung jeder zivilisierten, demokratischen Gesellschaft.

Herausgeber/Redaktion: Dr. Manfred Koch
Herstellung: Badendruck
„Blick in die Geschichte“ online ab Nr. 61/2003
unter: www.karlsruhe.de/b1/stadtgeschichte/blick_geschichte/ausgaben.de